

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich. Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drabstr. (Neubau). Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8649.

Jammer treibe zum Ganzen und laßst Du leidet sein Ganzes werden
***** Als blühendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Zeitspalt wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktspezifische berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Kampf um die Löhne.

Eine Notmaßnahme?

Die Rebellion der schlesischen Unternehmer, ihr Austritt aus dem Arbeitgeberverband, ihre Weigerung, das Lohnabkommen vom 14. Juni zu erfüllen, ihre Absicht und teils vollzogene Tatsache, die Betriebe zu schließen, sowie die Ablehnung unserer Verbandsvertreter, für Schlessien eine Sondervereinbarung zu treffen, die unter dem Lohnabkommen vom 14. Juni liegt, haben allem Anschein nach den Arbeitgeberverband veranlaßt, das Lohnabkommen zum 3. August aufzukündigen. Anders konnte die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes die Rebellen nicht zur Mäßigkeit bringen. Den Mut, den tarifbrüchig gewordenen bayrischen Mitgliedern zu sagen: Ihr habt den Tarif zu erfüllen, wenn unser Tarifkontrakt überhaupt noch Wirkung vor uns haben soll, konnte die Geschäftsleitung samt dem Vorstand nicht aufbringen. Im Gegenteil, der Generalleiter Mühlhans des Arbeitgeberverbandes setzte sich, wo er nur konnte, und das in Anstrage und unter Missgunst der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes, für die Rebellen ein. Über hatte Mühlhans Angst, er würde arbeitslos und hat deswegen das alte Sprichwort befolgt: „Weiß' Brot ich ess', denn' Lieb ich sing'“. Dabei haben die Leiter des Verbandes der Porzellanarbeiter schon vor Jahren den juristisch, philosophisch und sonst noch viel vorgebildeten Herren von der Unternehmerseite ein beachtenswertes Beispiel gegeben, wie man Tarif hält und erfüllt. Als im August 1919 die Verbände ein Lohnabkommen mit 3/4 Proz. Aufschlag abgeschlossen hatten, hatten unsere schlesischen Kollegen es verstanden, sich 50 Proz. Lohnhöhung zu sichern. Damals stimmten die schlesischen Unternehmer und auch die Leitung des Arbeitgeberverbandes ein großes Geschrei an über Tarifbruch, Terror usw. Unsere Verbandsleitung stellte sich schon damals auf den allein richtigen Standpunkt, daß abgeschlossene und unterzeichnete Verträge auch gehalten werden müssen, auch wenn es mal einem Teil wehe tut. Damals erklärten die Vertreter unseres Verbandes, daß sie die schlesischen Arbeitnehmer bis zum 1. August 1919 zum freiwilligen Verzicht auf die betreffenden Zugeständnisse bestimmen werden. Das wurde auch gemacht und durchgeführt. So hält man Verträge.

Unders die Arbeitgeber. Die Frau Tiesch glaubt jedenfalls, daß sie für die 7000 Mark Beiträge, die sie jeden Monat an den Arbeitgeberverband zahlen muß, auch etwas verlangen kann. Sie hat etwas verlangt und auch durchgesetzt. Und weil die Gelegenheit günstig war, ging man gleich aufs Ganze. Darin waren sich ja die Herren immer einig. Wenn schon etwas gemacht werden soll, dann nur an den Löhnen oder an der Arbeitszeit, jedenfalls auf dem Rücken der Arbeiter. Da braucht man sich erst den Kopf nicht arg zu zerbrechen, da ist man gleich über Kreditnot, über Auftragsmangel, über zu hohe Steuern, über zu hohe Gekostungskosten, kurzum über alle betrieblichen Schwierigkeiten hinweg, da hat man die Erleichterungen, die man braucht: man hebt die Löhne einfach herunter. Daß es, um mit Henry Ford zu reden, die lieberrichtige Art ist, wenn man, um aus momentanen betrieblichen Schwierigkeiten herauszukommen, die Löhne kürzt, geniert diese Art Betriebsleiter wenig. Dieses Mal waren es die zu hohen Frauenlöhne, die es den Herren angetan hatten. Durch wissenschaftliches Arbeiten, durch ausgiebiges Schuften, vielleicht mit Überstunden oder mit Ueberforderung der regelmäßigen Arbeitszeit, haben manchmal Frauen Verdienste zu verzeichnen, die in anderen Industrien an diesem oder jenem Ort vielleicht nicht zu verzeichnen sind. Das ärgert kurzfristige Betriebsleiter. Hier merkt man wieder, daß gelegentliche Neuerungen der Herren, sie freuen sich über die Verdienste der Arbeiter, und sie gönnten sie ihnen, eben nur leeres Gerede sind. Mit Argusaugen wachen sie darüber, daß das am Ort und in anderen Industrien übliche Lohnniveau, auch in Industrien, die gar nichts mit uns gemein haben, ja nicht überstiegen wird. Umstände und Gründe einer Ueberforderung, besondere persönliche Geschicklichkeit, Fleiß und Mühseligkeit, selbstgejuchte und geübene Vorteile in der Arbeitsweise werden nicht gewürdigt und nicht anerkannt. Die Syndizi und Antisozialdirektoren, wie sie jetzt einer unserer Verhandlungsteilnehmer treffend bezeichnete, verstehen dieses hoch alles besser. Sie bringen die Werke und den Fortschritt der Produktion auf die Beine, indem sie den Lohn kürzen. Das hebt und stärkt die Arbeitsfruchtbarkeit, das sichert der Industrie die so dringend notwendigen Qualitätsarbeiter, das fördert den Wachstum, den die Industrie ebenfalls dringend braucht, und mit niedrigen Löhnen ist auch der Arbeiter und die Arbeiterin eher in der Lage, die Gesundheit zu erhalten. Der immer leere Geldbeutel ist schon eine Gewähr dafür, daß kein Arbeiter über die Stränge schlägt oder auf leichtsinnige Gedanken kommt. Unter diesen Gesichtspunkten forderten die Arbeitgeber gleich Abbau der Effektivverdienste aller Männer um 10 Proz. und weiter Abbau der Effektivverdienste aller Frauen um 15 Proz. Weiter forderten sie Zurückverlegung der Orte Waldburg, Altwasser und Niedersalzbrunn in die Ortsklasse B.

Zur Begründung der Forderung der Arbeitgeber führte Dr. Marne aus: Bei den Lohnverhandlungen im Juni seien durch den Schiedspruch die Lohnsätze außerordentlich hoch ausgefallen. Es sei ihnen schon damals schwer geworden, dem Abkommen zuzustimmen und es anzunehmen. Aber nachher hätten sie gemerkt, daß sie sich von einem großen Optimismus hätten leiten lassen, der nicht eingetroffen sei. Ueber die wirtschaftliche Lage brauche er nichts zu sagen. Da erpore er sich die Ausführung; denn ein Kind müsse ja heute schon begreifen, daß die Konjunktur und der Geschäftsgang ein schlechter sei. Entlassungen von Arbeitern, Kurzarbeit und Stilllegungen, wofür man blide. Von ca. 250 Betrieben, die ihrem Verband angeschlossenen seien, hätten wohl ca. 100 die Stilllegung beantragt. Zwei Momente wolle er aber besonders nennen: Kreditnot und Auftragsmangel. Diese hätten jetzt nicht nur einen Zweig, sondern alle Zweige der Industrie erfaßt. Und wenn wirklich ein Auftrag gegeben werde, könne ihn die Fabrik gar nicht annehmen, weil sie doch dafür kein Geld vom Kunden bekomme.

Deswegen sei es besser, sie liefere gar nicht erst, da spare sie nämlich die Spesen. Die Ausfuhr sei in den letzten Monaten erschreckend zurückgegangen. In der Elektroindustrie würden kaum Friedenspreise für die Ware erzielt. In der Lugsindustrie sei die diesjährige Saison bedeutend schlechter ausgefallen als in früheren Jahren. In den Pöborten sei dieses Jahr fast nichts verkauft worden, weil das ausländische Publikum ausgeblieben sei. Dem schlechten Geschäftsgang, dem Auftragsmangel lägen erhöhte Gekostungskosten gegenüber. Durch das letzte Lohnabkommen seien den Werken zu starke Lasten auferlegt worden, die sie nicht tragen könnten. Man habe das Lohnabkommen nicht gleich beim ersten zünftigen Termin gekündigt, weil sie schon immer nur im Augenblick der höchsten Gefahr zu dem Mittel der Mühseligkeit griffen. Die heutigen Frauenlöhne seien gegenüber den Friedenslöhnen um 40 bis 60 Proz. gestiegen. Deswegen beantragten sie bei den Frauen auch einen höheren Abschlag als bei den Männern, weil diese verheiratet seien und Familie hätten. Jetzt müsse man wieder mit Kennigen rechnen. (Die Arbeiter müssen das schon lange, D. M.) Die Industrie habe alle möglichen organisatorischen und betrieblichen Reformationen durchgeführt, seit Monaten arbeite man unablässig daran, den Betrieb rentabel zu gestalten. Nicht nur am Arbeitslohn wolle man sparen, man habe auch sonst schon alles andere zur Erleichterung der Betriebe geschaffen. Sie seien nicht nur nicht in der Lage, unsere Forderungen zu bewilligen, sondern sie mühten im Lohn unbedingte Erleichterung haben. Der ganze Bezirk Waldburg sei in einer zu hohen Ortsklasse. Die Voraussetzungen für die Ortsklasse A träfen für Waldburg nicht mehr zu. Damals, als die Orte in Klassen eingeteilt wurden, habe man in Waldburg hohe Vergarbeiterlöhne zu verzeichnen gehabt, die am Orte eine Preissteigerung nach sich gezogen hätten. Heute seien die Löhne der Vergarbeiter, selbst derjenigen, die unter Tage arbeiten, niedriger als die Verdienste unserer Frauen. Die schlesischen Unternehmungen insbesondere könnten das Lohnabkommen nicht erfüllen. Wir möchten ihnen die Lohnhöhung ab 9. Juni erlassen. Der Frauenlohn sei heute doppelt so hoch als vor dem Kriege. Ueberhaupt sei der Lohnanteil, gemessen an den Produktionskosten, gewaltig gestiegen. Das sei kein Wunder. Wir würden nicht nachweisen können, daß z. B. der Lohn eines Hofarbeiters vor dem Kriege 42 Pf. pro Stunde betragen habe. Wir würden weiter nicht nachweisen können, daß ein Facharbeiter vor dem Kriege mehr nach Hause gebracht habe als heute. Eine Lohnermäßigung ziele auch eine Preisermäßigung nach sich. Dieser bestimmten Auffassung seien sie. Wenn wir auf Lohnabkommen und Schiedsprüche in anderen Industrien verweisen, so wisse er ganz genau, daß in den letzten Wochen wohl Schiedsprüche erfüllt worden seien, aber nicht durchgeführt werden konnten, so z. B. in der Thüringer Metallindustrie. Dort denke kein Mensch daran, zu bezahlen, was der Spruch fordert.

Regierungsrat Furbach, der im Dienste von Tiesch-Altwasser steht, beschwerte sich darüber, daß die schlesischen Unternehmer in den letzten Wochen in der Presse als Tarifbrecher, als Ausbeuter und als Muffänger bezeichnet wurden. Das sei ungerecht. Die Frau Tiesch arbeite z. B. seit langem mit Unterbilanz. (Wohl seitdem Furbach dort als Sozialdirektor wirkt. D. M.) Im übrigen habe er die Auffassung, daß die Arbeiter gar keine Lohnhöhung erwarteten. (Das kann Furbach von Dresden aus riefen. D. M.)

Unsere Verhandlungskommission, die aus den Kollegen Wollmann, Apel und Karl vom Hauptort, den Kollegen Fiedrow, Griesbach und Hoffmann, den Kollegen Hirsch und Lison-Waldburg und dem Kollegen Zander-Magdeburg bestand, forderte an Stelle der 56 Pf. Akkordbasis in der Ortsklasse A 65 Pf. und Erhöhung der übrigen Positionen in der Lohnskala in demselben Ausmaß. Dieses ist eine alte Forderung unserer Zeit und bedurfte keiner besonderen Begründung. Nur an dem Starrsinn der Unternehmer und der geringen Einsicht des Schlichters hätte es gelegen, daß wir diesen Lohn noch nicht bekommen haben, sagte Wollmann. Der Reich laße den schlesischen Unternehmern keine Ruhe. Die Vergarbeiterlöhne, die hundsmiserabel seien, möchte man auf die Porzellanindustrie übertragen. Dabei sei es nur eine Frage der Zeit, und die Vergarbeiter werden zur offenen Rebellion wegen der niedrigen Löhne schreiten. In Oberschlesien ist der Lohn schon gemacht. Früher waren die hohen Kohlenpreise, die hohen Vergarbeiterlöhne an allem schuld, heute ist es einmal umgekehrt. Heute schwimmt die Welt in Kohle, heute sind die Vergarbeiterlöhne niedrig, heute sind die Kohlenpreise niedrig, und es geht auch nicht. Schon durch die Verbilligung der Kohle hat die Industrie die Erleichterung, die sie braucht. Dabei sind für den Arbeiter das Brot, die Milch und die Meisten teurer geworden. Uns kann niemand den Glauben beibringen, daß durch niedrigere Löhne die Produktion gehoben wird. Diese Weisheit haben die Syndizi erdacht. Unseres Wissens kann nur eine Arbeiterschaft, die gut bezahlt wird, sich etwas kaufen und so den Umsatz steigern.

Wenn das, was die Syndizi behaupten, wahr wäre, so mühten die Arbeiter umsonst zu arbeiten, dann kosteten die Produkte auch nichts. Daß dem nicht so ist, wissen wir schon seit langem.

Höhere Verdienste als vor dem Krieg werden nur durch die ungeheuren Leistungssteigerungen erzielt. Auch bei den Frauen, und gerade bei ihnen. In der elektrotechnischen Industrie verkauft man jetzt als Fabrik Isolatoren zu einem Preis, der niedriger ist als der Arbeitslohn, der vor dem Krieg für denselben Artikel bezahlt werden mußte. Das alles hat man in der aktiven und Arbeiterinnen herausgehunden. Es genügt aber anscheinend einigen Scharfmachern noch nicht; da mußte jetzt die Arbeitszeit verlängert werden, und jetzt beantragt man sogar Lohnabzug. Gerade im Waldburger Bezirk wollte man schon immer an wenigsten bezahlen. Es gibt sogar Betriebe, die gar nichts bezahlen wollen. Wir untererleiden haben

elchstarif fest, und wenn die Unternehmer für einen Ort Löhne haben wollen, so müssen auch wir für besonders Orte Zuschläge fordern. In Schlessien sind 1/4 der tüchtigsten Frauen; in keinem anderen Bezirk ist der Prozentsatz der Frauen ein so hoher. Schon das ist eine Veräufertigung der schlesischen Betriebe gegenüber anderen Betrieben. In den weiteren Ausführungen unserer Delegation herrsch bei den Unternehmern betretenes Schweigen. Wenn sie vorgebrachten Gründe für oder gegen eine Lohnhöhung maßgebend wären, hätten wir jedesmal eine Lohnhöhung bekommen müssen; denn unsere Gründe waren jedesmal die der Beschäftigten. Aber Gründe brauchen die Unternehmer heute nicht mehr anzuerkennen. Wozu gibt es denn Schlichter? Die... stellt einen Spruch, und fertig ist die Laube. Wir hatten sogar einmal einen Schlichter, der hat gleich drei Sprüche zum Aufsuchen hingelassen. Was will man mehr? Also: „Auf zu einem Schlichter!“ sagten die Arbeitgeber. Nur konnte man sich auf einen bestimmten Schlichter nicht einigen, und so wurde das Reichsarbeitsministerium angerufen, und dieses bestimmte wiederum den Schlichter für Thüringen, Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild-Weimar, für die Sache.

Am 7. August wurde von einer Schlichtungskammer, nach einer Verhandlung, die länger als einen Tag dauerte, folgender Spruch gefällt:

1. Für die Zeit vom 1. 8. bis 7. 9. 1924 bleibt die bisherige Lohnregelung nach dem angenommenen Schiedspruch vom 9. 6. bestehen. Jedoch kann für die Dauer des heutigen Abkommens nach vorheriger ausführlicher Darlegung der aus der Notlage des Betriebes sich ergebenden Gründe eine Minderung der Effektivverdienste der Frauen um 5 Proz. eintreten. Eine solche Minderung darf jedoch nicht unter den Lohnstand vom 8. 6. führen.
2. Für die Dauer des beiderseits angenommenen Lohnschiedspruches vom 9. 6. verbleibt es für alle Betriebe bei der Regelung vom 9. 6. Es wird grundsätzlich die Verpflichtung zur Durchführung anerkannt. Die Art und Weise der Nachzahlung wird betrieblich geregelt. Die Nachzahlung soll jedoch tunlichst bald erfolgen.
3. Da die Voraussetzungen des Schiedspruches Nr. 101 des Oberstabsamtes offensichtlich nicht mehr vorliegen, werden mit Wirkung vom 1. 8. die Orte Waldburg, Altwasser und Niedersalzbrunn in die Ortsklasse B eingereiht. Durch diese Verlegung darf eine Minderung der Männerverdienste nicht eintreten.
4. Das Abkommen kann mit einwöchiger Kündigungsfrist mit Ablauf zum Wochenende, erstmals zum 7. 9. 1924, gekündigt werden. Anderenfalls verlängert es sich jeweils um eine Woche.

Weimar, den 7. August 1924. (Unterschriften.)

Was der Schlichter am 14. Juni für richtig befunden hat, fand er am 7. August wieder nicht für richtig. Man könnte hellauf lachen, wenn die Geschichte nicht so bitter ernst wäre.

Der neue Schiedspruch sieht aber eine Minderung der Frauenlöhne um 5 Proz. nur dort vor, wo nach vorheriger ausführlicher Darlegung die aus der Notlage des Betriebes sich ergebenden Gründe vorliegen. Nun sind wir gespannt, wer sich alles zu den in Notlage Befindlichen rednet. Die geschliche Betriebsvertretung wird gewissenhaft und genau prüfen müssen. Vor allem ist darauf zu achten, daß die Löhne nicht unter den Stand vom 8. Juni herabsinken. Den Schlessiern hat der Schlichter keine Extrawurst gebraten; ihre Forderung, ihre Stilllegungsmaßnahmen zu veranlassen. Der Schiedspruch vom 14. Juni muß von ihnen erfüllt werden. Die Nachzahlung soll tunlichst bald erfolgen. Daß hier eine Lohnreduktion abgewehrt wurde, haben wir unseren Kollegen und Kolleginnen in Schlessien zu danken. Ohne Murren, ganz selbstverständlich, nahmen sie ihre Entlassungen entgegen; alle Drohungen mit Stilllegungen der Betriebe schreckten sie nicht. Sie nahmen das Los eines Arbeitstages auf sich. Wie ein Mann lehnten sie ab, unter dem, was tariflich festlag, zu arbeiten. Damit haben Kollegen ein nachahmenswertes Beispiel geliefert.

In der Ortsklassenverlegung von Waldburg, Altwasser und Niedersalzbrunn von Ortsklasse A nach B hat der Schlichter dem Drängen der Unternehmer leider nachgegeben. Die reichsstatistischen Feuerungszahlen sind unseren Kollegen in Waldburg nicht günstig.

Die Erklärungsfrist war diesmal nur auf 48 Stunden gemessen. Unsere Verbandsleitung war leider infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, den Schiedspruch anzunehmen. Auch die Leitung des Arbeitgeberverbandes nahm ihn an. Er ist also Vertrag.

Unseres Erachtens hat der Spruch auch als Notstandsmaßnahme, auch als Ausnahmezustand keine Existenzberechtigung. Er bedeutet eine Verunsicherung an den Frauen, er bedeutet für die anspornende Tätigkeit der Frauen eine Strafe.

Dieser Umstand muß unsere weiblichen Mitglieber veranlassen, sich mehr als bisher um den Tarif, um die Lohnsätze, um unser Vertragswesen überhaupt zu kümmern.

Bei den Verhandlungen vor der Schlichtungskammer waren Unternehmer nicht anwesend, nur Syndizi und Antisozialdirektoren.

Die Urlaubsfrage.

Eine zweite Schlichtungskammer, ebenfalls unter dem Vorsitz des Herrn Ministerialrats Dr. Hauschild, tagte nun endlich, um die Frage zu erledigen, ob für das Jahr 1924 noch die Urlaubsbestimmungen des alten Reichsarbeitsvertrages oder die des neuen Reichsarbeitsvertrages zu gelten haben.

Bekanntlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Urlaub nach den Bestimmungen des alten Vertrages gegeben werden muß. Vor einiger Zeit hatte eine Schlichtungskammer, die sich mit dieser Frage beschäftigte, beschlossen, Gutachten von Sachverständigen einzuholen. Es waren unsererseits Gutachten von

Herrn Dr. Mastel, Professor und Staatsrechtslehrer an der Universität in Berlin, und von Herrn Dr. S. H. H. Meier, Professor an der Universität in Frankfurt a. M., eingefordert worden. Beide Gutachten von anerkannten Autoritäten auf dem Gebiet des Tarif- und Arbeitsrechts lauten vollst. auf unsere Gunsten und geben unserer Auffassung recht.

Trotzdem die von Arbeitgeberseite angeforderten Gutachten zweier Sachverständigen, des Herrn Justizrat Brand (beim Verband Berliner Metallindustrieller) und des bekannten Herrn Dr. Meisinger (Allgemeiner Arbeitgeberverband) vom Vorsitzenden der Schlichtungskammer und von den Arbeitgeberbeisitzern zum beträchtlichen Teil als abwegig bezeichnet werden mußten, wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer eine uns in allen Teilen ungünstige Entscheidung gefaßt.

Wir lassen den Spruch nachstehend folgen. Er lautet:

Die Urlaubsbewerber bemitteln sich nach dem Reichsarbeitsvertrag vom 1. April 1924, sowohl wenn der Urlaub nach dem 31. März 1924 beansprucht und gewährt wird, als auch wenn der Urlaub vor dem 31. März 1924 verlangt, aber erst nach dem 31. März 1924 genehmigt worden ist. Die Stellungnahme des Arbeiterrates zur Verweigerung des Urlaubs zu dem vom einzelnen Arbeiter oder der Betriebsbelegschaft gewünschten Termin ist dabei unerheblich.

Unerheblich sind auch die Gründe, aus denen der Arbeitnehmer den Urlaub zu einem bestimmten Termin verlangt und der Arbeitgeber ihn verweigert hat.

Weimar, den 7. August 1924.

(Unterschriften.)

Wie der Schlichter diesen Spruch mit Recht und Gerechtigkeit vereinbaren will, ist seine Sache. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. Allerdings, eine Revisionsmöglichkeit des Spruches gibt es leider nicht. Der Streit um die Urlaubsberechtigung hat seinen Abschluß gefunden; der ab 1. April 1924 geltende Tarifvertrag ist in allen seinen Einzelheiten maßgebend.

Uns muß es eine Warnung für die Zukunft sein. Nur was wir aus eigener Kraft und Macht erringen, haben wir fest. Verlaß auf Schiedsinstanzen gibt es für Arbeiter nicht, mag das Recht auch offen zutage liegen. Verlassen können wir uns nur auf uns selbst und auf unsere Organisation. Deswegen Kolleginnen und Kollegen, agitiert für den Verband, rüttelt die Schlingen, die Interessellen auf; denn jedes Schicksal rächt sich. Auch die augenblickliche Flaute und Rückwärtserei wird und muß vorübergehen; dann sind wir wieder die Forderungen und diejenigen, die als Schaffer aller Werte ihr Recht zum Leben geltend machen.

Die neue Krise der Weltwirtschaft.

Wirtschaftskrisen in Deutschland, in den Vereinigten Staaten und Frankreich kennzeichnen den neuen Abschnitt der Krise der Weltwirtschaft. In der heftigen Krisenperiode der Jahre 1920 und 1921, welche die meisten Industrieländer in Mitleidenschaft zog, hat sich die Lage in bezug auf diese drei wichtigen — neben England die wichtigsten — Industrieländer der Welt anders gestaltet. Die große Weltwirtschaftskrise begann damals (über Japan) in den Vereinigten Staaten. Sie hat dort einen riesigen Umfang angenommen. In den nachfolgenden Jahren der amerikanischen Hochkonjunktur hat man nur zu leicht die fünf Millionen Arbeitslosen der Vereinigten Staaten vergessen. Als aber die Industriekrise nach Europa übergegriffen hat, war die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten bereits im Abflauen und eine neue Konjunkturwelle war in Anzug. Während der europäischen Wirtschaftskrise hatte aber Deutschland eine besondere Stellung: in Deutschland herrschte, dank der fortwährenden Selbstentwertung, eine Hochkonjunktur der Industrie. Sie bedeutete für Deutschland Schutzeinkauf und Substanzwahrung und führte zu einer Verarmung des Wirtschaftskörpers. Der deutsche Arbeiter, der dennoch, wenn auch unter elenden, seine Gesundheit schädigenden Bedingungen während der ganzen Periode beschäftigt. Erst der vollkommene Zusammenbruch der deutschen Währung und die darauffolgende Stabilisierung haben die Abflaute der deutschen Wirtschaft herbeigeführt. Das dritte Industrieland, Frankreich, war jedoch bisher in einer bevorzugten Lage: dort herrschte seit Kriegsende unausgesetzte eine Konjunktur. Arbeitslosigkeit war in Frankreich ein unbekannter Begriff, ja es war dort Mangel an Arbeitskraft vorhanden, der durch Einströmen vieler Tausend ausländischer Arbeiter ausgeglichen wurde. Die Wiederaufbaukonjunktur konnte die Umbauer der Beschäftigung sichern. Die langsam fortschreitende Geldentwertung wie auch die imperialistische Handelspolitik Frankreichs in Verbindung mit der billigen Reparationsnote haben zur Erhaltung der Konjunktur beigetragen. Sie haben den sonst sehr eingeschnürten ausländischen Absatz für die Produkte der französischen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, gesichert.

Jetzt sind aber alle drei Länder gleichzeitig in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissen. In Deutschland ist eine Stabilisierungskrise mit ungeheurer Geldknappheit, hohen Zinsen und teuren Produktionskosten vorhanden. In Frankreich wurde die Wirtschaftskrise durch das Aufhören der Wiederaufbaukonjunktur infolge einer Geld- und Kreditkrise heraufbeschworen. Es wurden dort bereits mehrere Tausend Arbeiter entlassen. Die Ursache der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten ist nicht ganz geklärt. Die Ueberkapitalisierung der Schwerindustrie und der Ueberflutungen an Gold dürften die wichtigsten Gründe für die Krise sein. Neben der Wirtschaftskrise in diesen drei Staaten hat sich die seit lange bestehende englische Wirtschaftskrise — die in der anhaltend großen Arbeitslosigkeit ihren Ausdruck findet — in der letzten Zeit verschärft. Der englische Kohlenbergbau, die englische Eisen- und Stahlindustrie sind neben der anhaltenden Krise der Textilindustrie in Schwäche geraten. In Österreich, Polen und Ungarn — Länder mit einer sehr beträchtlichen Industrie — ist eine arge Wirtschaftskrise vorhanden. Eine Anzahl kleiner Länder, die ihre Wirtschaftslage in der letzten Zeit zu verbessern vermochten, werden früher oder später mitgerissen (sind doch diese, wie die Schweiz und die Tschechoslowakei, auf die Ausfuhr ihrer Produkte angewiesen, sogar muß die Kr. der großen Industrieländer auch sie in Mitleidenschaft ziehen).

Durch die Gleichzeitigkeit dieser Industriekrisen erfahren aber diese eine weitere Verschärfung. Da die inländischen Märkte überall abgeklamt sind, werfen sich die Industrieländer auf die Ausfuhr. Die Jagd nach ausländischen Absatzgebieten hat mit voller Macht eingesetzt; wir können bereits jetzt von einem Dumping in großem Maßstab reden. Infolge der Verarmung und mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung richtet sich dieser Dumping in erster Linie nach den abgelegenen Weltteilen. So ist zum Beispiel die Türkei ein bevorzugter Gegenstand des eiferfüchtigen Wettbewerbes; amerikanisches, deutsches und italienisches Kapital liegen vor, einander in der Neuen. Ein ausführender Auswas im „Manchester Guardian Commercial“ vom 24. Juli über diese Kämpfe, an denen von deutscher Seite die „Stinnes“ und die „Krupps“ beteiligt sind, gibt hierüber nähere Auskünfte. Das amerikanische Industriekapital möchte England in Spanien den Boden freitun machen. Die Ausfuhrsysteme der Vereinigten Staaten sind seit dem Abflauen der Wirtschaftskrise in ständigem Steigen, während die Einfuhr wesentlich eingeschränkt wird. Ein Zeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten um die Hebung ihrer Ausfuhr mit allen Mitteln bemüht sind. So spürt bereits die deutsche Maschinenindustrie die Konkurrenz der amerikanischen selbst am eigenen Markte. Die Maschinen der USA-fabrikanten der Vereinigten Staaten zeigen eine weitere Erhöhung der Ausfuhr. Deutschlands Lage ist in dieser Hinsicht

infolge der hohen Preislage seiner Produktion äußerst ungünstig, wenn auch die deutschen Waren dem Ausland wesentlich (für Eisen um Beispiel um 10 bis 15 Prozent) unter den Inlandspreisen feilgeboten werden. Die Jagd nach Absatzgebieten wird um so verzweifelter, als die Kaufkraft der Völker überall im Sinken begriffen ist, weshalb sie die angebotenen Waren in immer beschränkterem Maße zu kaufen vermögen. Der ungünstige Ausfall der Weltkrise wird diese Lage noch weiter verschärfen.

Die Erhöhung der Weltmarktpreise für Getreide und landwirtschaftliche Produkte bringt ein neues Element des Unglücks in diese Krisenlage. Das Brot wird überall in der Welt gewaltig verteuert, wodurch die Produktionskosten erhöht und die ansonst dürftige Lebenshaltung des Industrieproletariats und der Mittelschichten über alle Maßen verschlechtert wird. Vollends gilt dies für die Länder, wo, wie in Deutschland, Österreich usw., beabsichtigt wird, die Getreidepreise noch durch landwirtschaftliche Schutzölle weiter zu verteuern. So sinnlos diese Vertekuerung zur Zeit der hohen Getreidepreise ist, sollen diese Schutzölle unter dem politischen Druck des Großgrundbesitzes — der Kleinbesitz spürt nur die Nachteile der Getreideölle — durchgeführt werden. Die Erhöhung der Getreidepreise mit oder ohne Schutzölle wird aber nicht einmal die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung wesentlich erhöhen. Zum Teil sollen die höheren Preise nur den Ausfall infolge der Mitternte zu ersetzen haben. Die Anziehung der Getreidepreise hat aber die Spekulation an den Plan gerufen, welche die Preise weiter erhöht, wie auch die Preissteigerung letzten Endes viel mehr Extraprofit für den Zwischenhandel, als Mehreinkommen für die Landwirte zu sichern vermag. Der Getreideöl ist aber in den Ländern, die auf Getreideinfuhr angewiesen sind, zum Teil eine Verbrauchssteuer schlechterer Sorte, die der Staatskasse aus der Not der Kernsten Einkünfte verschafft, die sie sich von den Reichen holen sollten.

Unter solchen Umständen ist die neue Weltwirtschaftskrise gefährlicher als je. Der internationale Kapitalismus reagiert auf die Krise in der gewohnten Weise. Statt der einzig möglichen Hilfe — die Erhöhung der Kaufkraft der Völker mit allen Mitteln anzustreben — wird weiter mit den alten Methoden gearbeitet. Die Unternehmer schränken ihre Betriebe ein, die Staaten aber wissen nichts Besseres zu tun, als daß sie für die Sicherung des inneren Marktes Hochschutzzölle gegen die Einfuhr der Industrieprodukte einführen. Die Betriebs-einschränkung ist für den Privatunternehmer der bequemste, sonst aber, sowohl volkswirtschaftlich wie auch privatwirtschaftlich, der verwerflichste Weg, mit der Krise fertig zu werden. Für die Volkswirtschaft bedeutet sie ungeheuren Produktionsverlust, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die das Elend von Millionen, außerdem aber die Belastung der Staatskasse verursachen. Sie ist aber auch privatwirtschaftlich vom Nachteil, da die Produktionskosten durch die Betriebs-einschränkungen ungeheuer erhöht werden. Der Privatunternehmer wünscht, daß sich die Kaufkraft der Völker erhöhe, aber ohne daß er selbst genötigt wäre, dafür Opfer zu bringen. Was aber die neue Schutzölle anbelangt, so sind die Handelsblätter voll mit der Ankündigung neuer Hochschutzzölle in den verschiedenen Ländern, wie Japan, Rumänien, Ungarn. In anderen Ländern rüsten sie sich ebenfalls zu neuen Industrieschutzzöllen. Die Großindustrie duldet die Einführung der Agrarzölle, wenn ihr dafür hohe Industrieschutzzölle versprochen werden. Es ist aber eine eitle Hoffnung, der Krise auf diese Weise Herr zu werden. Vielmehr wird dadurch der Außenhandel in jeder Beziehung erschwert. Die Hochschutzzölle errichten neue Mauern zwischen den Völkern, zum Schaden sowohl ihres wirtschaftlichen Gedeihens wie ihres friedlichen Zusammenlebens.

Tagung des Bundesausschusses (ADGB).

Der Bundesausschuß trat am 21. Juli zu einer zweitägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, den Leipzig erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampflage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der sechsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls gaben. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als 8 Stunden arbeitet. In vier Industrien bewegte sich die Prozentzahl der Längerarbeit der Betriebe zwischen 46 und 78 v. H. und der Personen zwischen 44 und 82 v. H. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die ungelassene Ueberarbeit tarifliche Ueberstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren berichtete er über den Abbau des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, über die Verhandlungen der beiden Internationalen zum Sachverständigenrat (vgl. Seite 255 ff. und 264 d. „Gew.-Ztg.“), über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzöllepolitik stattgefundenen Beratungen (vgl. Nr. 2 d. „Gew.-Ztg.“), über den bevorstehenden internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB, die sich besonders mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Reubelegung der Agitation befaßte. Besonders die letztere Frage nahm der Bundesvorstand zum Anlaß, sie den Verbandsvorständen dringend ans Herz zu legen. In den Gewerkschaften mache sich vielfach Niedergeschlagenheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit geltend, die noch unter den Einbrüchen der Inflation und die Vorzeichen der bereits einsetzenden Besserung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet völlig übersehen. Die starken Verluste der Gewerkschaften seien mit auf diese Stimmung zurückzuführen, die sich leider auch zahlreiche funktionäre bemächtigt habe. Dieser Pessimismus müsse aber überwunden werden. Es müßte das alte Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren, die bei energischem Rühren und jähem Ringen auch nicht ausbleiben werden. Bereits ist es zahlreichen Gewerkschaften gelungen, bessere Tarifabschlüsse als in den Wintermonaten zu erreichen. Die Gewerkschaften müssen sich nicht mehr der Aufgabe widmen, das Persönlichkeitsbewußtsein der Mitglieder zu schärfen. In der Ausprägung wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betr. das Nachbaderbot beraten. Da dem Reichstage bereits Anträge zu diesem Gegenstande vorliegen, wurde es dem Reichstag überlassen, den Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahmen für die Nachbaderbot Rechnung getragen werden kann, ohne das Nachbaderbot selbst zu beseitigen. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat zurzeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschließung (vgl. „Die Rolle des Reichswirtschaftsrates in Deutschland“) wurde einstimmig angenommen.

Die an Stelle des ausgeschiedenen Sekretärs, Genossen Wiffel, vorgenommene Wahl eines Bundessekretärs ergab die einstimmige Wahl des Genossen Wilhelm Eggert (Metallarbeiterverband) in Stuttgart.

Ueber das Sachverständigenratgutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Genosse Larnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Wicumbverträgen vergleiche, könne gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Vergleichs des Gutachtens wohl für uns zwinglicher und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission,

deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt und bis Ende des Monats im Druck vorliegen würden. Dieselbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Aussprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betr. den gezielten Achtstundentag, in deren Auftrag Bleil referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Entschärfungen eingefordert über die Frage, ob ein eigener Gelehenwurf oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen. Die längere Aussprache, die sich hieran knüpfte, befaßte sich eingehend mit den Vorzügen und Mängeln beider Möglichkeiten, mit den Wünschen der bereits im Gange befindlichen parlamentarischen Aktion und mit den für die Durchführung der Volksabstimmung erforderlichen Maßnahmen.

Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesausschuß, die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gelehenwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission vorwies der Bundesausschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesausschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorlegen kann.

Der Bundesvorstand erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch soweit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

In letzter Stelle berichtete Brey namens der vom Bundesausschuß in Ausführung des Leipziger Kongressbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsausschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes seine Arbeit infolge der allgemeinen Zeitverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Ueberlast von Aufgaben überbürdeten, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt erbringt habe. Der Arbeitsausschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammentreten und der am 26. September tagende Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Leipzig unterrichtete nochmals die Feststellung der Kommission, daß dem Bundesvorstand an der Verzögerung kein Vorwurf treffe, und empfahl der Kommission, wenigstens solche praktische Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongress zum Beschluß erheben könne.

Die Rolle des Reichswirtschaftsrates in Deutschland.

Der deutschen Reichsverfassung zufolge sind bekanntlich die Arbeiter und Angestellten berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Sie sollen gezielte Vertretungen in Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat erhalten, die mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligten Volkskreise zu Reichswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten. Dem Reichswirtschaftsrat sind sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gelehenwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichswirtschaftsrat hat ferner das Recht, selbst solche Gelehenwürfe vorzulegen.

Seit Juni 1920 hat die Reichsregierung einen vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt und ihn beauftragt, Vorschläge für die endgültige Gestaltung der Reichswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates zu machen.

Dieser Aufgabe hat sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat (RWBR) entledigt. Gleichzeitig setzte aber auch aus Sparmaßnahmsrücksichten der Abbau des vorläufigen Reichswirtschaftsrates seitens der Regierung ein. Da er in den letzten sechs Monaten Valutaerlös erfolgte, begegnete die Begründung allgemeinen Verständnisses. Die Vollerfassungen wurden ausgesetzt, die Tagungen der weniger wichtigen Ausschüsse unterbunden usw. Dabei geschah es aber auch, daß sogar das Initiativrecht des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschnitten wurde, und zwar so, daß er in seiner Wirksamkeit sozusagen von der Zustimmung der Regierung abhängig wurde. Diese Maßnahme war natürlich weder notwendig noch planmäßig oder berechtigt und die Zustimmung erfolgte seitens des Rates nur, weil sie als vorübergehend bezeichnet wurde und mit dem Ende des Ermächtigungsgelehes rückgängig gemacht werden sollte.

Nun ist die Stabilisierung der Währung unter günstigeren Bedingungen erfolgt, als man allgemein anzunehmen wagte, doch die Einschränkungen bestehen weiter. Die Sozialgesetzgebung ist nach wie vor stillgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist auf einige Glieder reduziert, denen der bindende Rumpf fehlt und vor allem droht aus diesem Zustand ein Dauerzustand zu werden.

Die Unzuliebeit mit diesen Verhältnissen wird in den beteiligten Wirtschaftskreisen von Tag zu Tag größer, und nun hat sich auch der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Sache angenommen und nach eingehender Beratung eine Rundgebung beschlossen, die den Stein ins Rollen bringen soll und in der es u. a. heißt:

„Ueber zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind seit Beginn des Jahres ihrer Rechte beraubt und von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Den Ausschüssen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen. Plenarsitzungen haben seit länger als Jahresfrist nicht stattgefunden. Die wichtigsten Wirtschaftsfragen werden ohne die in der Verfassung des Reiches vorgesehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates entschieden. Mehrere Gelehenwürfe, die ihm früher zur Begutachtung unterbreitet wurden, hat die Reichsregierung unerledigt wieder zurückgezogen.“

Die längere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist unvereinbar mit der Reichsverfassung. Der Bundesausschuß des ADGB erhebt die bringende Forderung an die Reichsregierung und den Reichstag, dem gegenwärtigen unzulässigen Zustand, den der degimierte und entrechtete vorläufige Reichswirtschaftsrat darstellt, baldigst ein Ende zu machen und ein dem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates entsprechendes Gelehen über den endgültigen Reichswirtschaftsrat aufzugeben zu beschließen, bis dahin aber die zur vollen Arbeitsfähigkeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erforderlichen Ermittelungen zu bewilligen.“

Für Frauen und Mädchen

Meiner Mutter.

... Laß keinen Zweifel doch
 ins Herz, als wär' die Zärtlichkeit des Sohnes,
 die ich dir schuldig bin, aus meiner Brust
 entwichen. Nein, so wenig als der Fels,
 der tief im Fluß vor ew'gem Anker liegt,
 aus seiner Stätte weicht, obgleich die Flut
 mit stürm'chem Wellenball, mit sanftem bald
 darüber fließt und ihn dem Aug' entzieht,
 so wenig weicht die Zärtlichkeit für dich
 aus meiner Brust, obgleich des Lebens Strom,
 vom Schmerz gepfeift, bald stürmend drüber fließt,
 und, von der Freude bald gestreift, still
 sie deckt, und sie verhindert, daß sie nicht
 ihr Haupt der Sonne zeigt und rings umher
 zurückgeworfene Strahlen trägt und dir
 bei jedem Blicke zeigt, wie dich dein Sohn verehrt.

Johann Wolfgang Goethe.

Kommt zur Einsicht!

Auf der ersten Seite ist ein Schiedspruch behandelt, der in seiner Auswirkung einem Teil unserer Kolleginnen der feineren Industrie ein Opfer auferlegt. Der kleine Rückschlag liegt offen zutage. Worin liegen nun seine Ursachen? — „Beim Verband!“ „Beim Vorstand!“ „Bei der Verhandlungskommission!“ Höre ich es tausendfältig in den Ohren klingen. Und am lautesten und aufgeregtesten benehmen sich die, die dem Verbands schon den Rücken gekehrt haben oder ihm wochenlang die Beiträge vorenthalten.

Stimmt diese Schlussfolgerung, Verbandskolleginnen?

Ich beantworte mir schon vorweg die Frage mit Ja, weil ich in den letzten Monaten so manche Erfahrung gesammelt habe. Freilich trifft die Behauptung glücklicherweise nicht auf jede einzelne unserer Zahlstellen zu, sicher aber auf einen großen Teil. Also die vielen schimpfenden und ränzierenden Kolleginnen gehen gerade den Teufel schuld, die eigentlich mit aller Kraft abwehrten, daß die Wünsche der Unternehmer — 15 Proz. Herabsetzung aller Frauenlöhne — nicht zur Tatsache wurden. Daß aber gerade ihr Verhalten infolge ihres Austritts den Verband schwächte, daß die Zurückhaltung der Beiträge die Verbandskasse so stark benachteiligte, daß das Davonlaufen aus den Kampfreihen die Abwehr minderte und einen direkten Kampf unmöglich machte, das wird von jenen nicht bestritten. Gerade jetzt ist es an der Zeit, daß allen Säumigen gesagt wird: Das geht nicht mehr, daß der Verband immer und immer wieder Vohnerhöhungen herauszuholen vermag, wenn ihr euch absetzt, ohne mitzuhelfen.

Der Wochen z. B. hat eine Kollegin eine Anzahl Akkordarbeiterinnen, die in einer Gegend den doppelten Verdienst einer Textil- oder anderen Arbeiterin erreichten und aus der Organisation geschieden waren, gefragt: Was meint Ihr denn, wie lange Ihr noch so ohne Verbandsrückhalt zushaffen könnt, ohne daß Euch der Unternehmer abzieht? Kaum sind einige Wochen vorüber und die Antwort ist darauf gegeben.

Das ist ein Symptom. Die Unternehmer wissen diesen Umstand auszunutzen, nicht nur am Ort, sondern auf der ganzen Linie. Werden das die Kolleginnen auch allerorts begreifen? Ich möchte wünschen, daß dies recht bald geschehe, bezweifle jedoch die rasche Einsicht aller Fernstehenden.

Hierbei möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nicht etwa blindlings der Kampf gerade in Schlessen von den Unternehmern eingeleitet wurde. Dort sind nämlich unter den etwas über 8000 feinerindustriellen Beschäftigten über 5000 Arbeiterinnen und nur 3000 Frauen und Mädchen. Die Unternehmer wußten, von den 5000 Frauen und Mädchen haben sie keinen so gefestigten Widerstand zu erwarten wie von 5000 männlichen Beschäftigten. Deshalb griffen sie in Schlessen an. Sie vermuten dort unsere schwächste Frontstelle.

Kolleginnen, gehen euch noch nicht die Augen auf?

Ihr könnt doch rechnen. 15 Proz. wollten sie euch abziehen. Das sind 15 Pf. von einer Mark. Wenn ihr 10 Mk. in der Woche verdient, sind das 1,50 Mk., bei 15 Mk. 2,25 Mk. und bei 20 Mk. 3 Mk., die euch vom Lohn genommen werden sollen. Davon könntet ihr fünf Wochen Beiträge für den Verband bezahlen. Wollt ihr nun lieber jede Woche den Unternehmern die Abzüge machen lassen und wehrlos bleiben oder dem Verband ein kleines Opfer bringen und euren Rückhalt ausbauen? Fällt euch darauf wirklich noch die richtige Entscheidung schwer?

Ich glaube kaum. Jeder Porzellan- und Steingutarbeiterin traue ich soviel rechnerisches Geschick zu, daß sie imstande ist, die

Uebermensch.

Der Philosoph Nietzsche ist es, der den Begriff des Uebermenschen geprägt hat. Er meinte damit den neuen, kommenden, so ganz anderen Menschen, den Menschen, der über unser heutiges, so kümmerliches Dasein hinausgewachsen ist und so ganz Geist bedeutet und Stolz und Freiheit und Charakter und Seele.

Dieser Mensch kann nur werden, durch Entwicklung reizen. Und das ist nur möglich, wenn die Voraussetzung dazu gegeben, wenn die Verhältnisse sein Werden ermöglichen.

Wir hatten schon Uebermenschen in der Geschichte. Wir hatten wiederholt Menschen, die durch ihr ganzes innerliches Wesen weit hinausragten aus ihrer Zeit und etwas von dem neuen, ferneren Menschen verkörperten. Doch wie sind sie geworden, diese ragenden Menschen? Durch Zufall. Durch glückliches Zusammenfügen der allerersten Umstände, und immer wieder spielte dann nach ihrem Gewordensein, in ihrem Leben selber, eine wesentliche Rolle das wirtschaftliche Los.

Wenn Goethe nicht zufällig mit äußeren Glücksgütern gesegnet gewesen wäre, er hätte gar nicht werden können, der er wurde, dieser ruhig über dem Leben das Leben künstlerisch schauende olympische Geist. Und wenn Schiller wiederum zufällig mit äußeren Gütern beglückt gewesen wäre, dann hätte ihn der Tod heftig nicht allzu früh hinweggerafft und das Schicksal hätte uns einer noch größeren, den wahren Schiller beschenk, wie die Natur ihn uns zugehört.

In wirtschaftlichen Zeiten liegt darum auch der Uebermensch des Weltmorgen, und der erkämpft ihm die Freiheit, der ihn von den wirtschaftlichen Ketten befreit. Geht es nicht auch im Heute durch Zufall und ein einzelner hinausragen und durch seine Existenz das Kommen eines neuen geistigen Tages kündigen, aber der Uebermensch als Gattung, die Uebermenslichkeit, wird nur, wenn das Menschsein nicht mehr vom Zufall abhängt, sondern wenn die Freiheit von wirtschaftlicher Not und von wirtschaftlichem Unrecht systematisch und bewußt auf die freie Entfaltung des inneren Menschen hinstrebt.

Und darum hat auch Einstein, der bekannte Gelehrte, der in unserer umgestaltenden Zeit mit seiner sog. „Relativitätstheorie“ das All revolutionierte, recht, wenn er sagt, daß „der Arbeiter als Klasse den Uebermenschen schon deutlicher als die Einzelperson, vielleicht eines Napoleons, repräsentiert“.

zahlenmäßigen Vorteile auszurechnen. Wer das nicht kann, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Dann wird hoffentlich auch nicht außer acht gelassen, daß der Verband auch noch andere Vorteile zu wahren hat, die aber nur gehalten werden können, wenn er seine volle Stärke und Lebhaftigkeit wieder erhält.

Ich möchte bitten, diese paar nackten Tatsachen den Abtrünnigen und Säumigen in ihrer ganzen Tragweite vorzuhalten, wenn die Aufregung einsehen sollte.

In jedem Betrieb ist darüber zu diskutieren. G. N.

Altersgliederung und Frauenüberschuß.*)

Nicht selten wird als Ursache der zunehmenden Frauen-erwerbsarbeit der Frauenüberschuß und die dadurch verringerte Heiratsmöglichkeit bezeichnet. Für die Zeit vor dem Krieg stehen die Tatsachen mit dieser Behauptung in Widerspruch. Der Frauenüberschuß nahm ab, während die Zahl der erwerbstätigen Frauen zunahm. Von der ersten Volkszählung im Jahre 1882 bis zum Ausbruch des Krieges hat sich der Frauenüberschuß beträchtlich verringert. 1882 kamen auf 1000 Männer 1042 Frauen, vor Kriegsbeginn nur noch 1026,4. Außerdem bestand vor dem Krieg ein Heiratsalter überhaupt kein Frauenüberschuß. Bei der Volkszählung im Jahre 1907 verteilte sich der Überschuss in den einzelnen Altersklassen bei beiden Geschlechtern in folgender Weise:

| Alter | Weibl. Geschl. | Männl. Geschl. |
|-------------|----------------|----------------|
| 20-30 Jahre | — | + 34 414 |
| 30-40 " | — | + 6 436 |
| 40-50 " | + 86 300 | — |
| 50-60 " | + 269 468 | — |
| 60-70 " | + 285 355 | — |
| über 70 " | + 193 725 | — |

Im eigentlichen Heiratsalter, von 20 bis 40 Jahren, bestand also ein, wenn auch geringer, Männerüberschuß, während sich in den höheren Altersklassen ein starker Frauenüberschuß geltend machte. Es handelt sich dabei nicht so sehr um ledig gebliebene Frauen, wie um verheiratet gewesene. Frauenüberschuß und verringerte Heiratsmöglichkeit spielten also vor dem Krieg bei der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit gewiß nicht die entscheidende Rolle.

Ob sich das nach dem Kriege geändert hat, läßt sich für die Allgemeinheit natürlich schwer feststellen. Nebenfalls aber haben sich die Voraussetzungen infolge sehr geänderter, als der Frauenüberschuß beträchtlich zugenommen hat. In Deutschland kommen nach dem Krieg auf 1000 Männer 1100 Frauen. Im Verhältnis hat die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter besonders stark zugenommen. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 waren zwischen 15 und 65 Jahren alt von 100 männlichen Personen 58,4, bei der Volkszählung im Jahre 1919 dagegen 62,6. Noch stärker ist die Zunahme der Frauen in dieser Altersgruppe. 1910 waren von 100 weiblichen Personen 58,7 zwischen 15 und 65 Jahren; 1919 waren es 64,9. Ueberrasschen mag an diesen Zahlen zunächst, daß trotz des Krieges die Männer im erwerbsfähigen Alter so stark zugenommen haben. In den Zahlen prägt sich aber weniger eine tatsächliche Zunahme dieser Altersgruppe aus, als eine Verringerung der Zahl der Kinder und Greise. Der Geburtenausfall und das Massensterben der Kinder und alten Leute im Krieg haben trotz der zwei Millionen Kriegseingesessenen und der vielen Verwundeten die mittlere Altersgruppe an zahlenmäßiger Bedeutung so zuzunehmen. Bei den Frauen ergaben die gleichen Verhältnisse noch ein viel stärkeres Uebergewicht der mittleren Altersgruppe. Die Kriegsernährung forderte ihre Opfer sowohl unter den Knaben wie unter den Mädchen, sie machte vor den alten Frauen so wenig halt wie vor den alten Männern. Nur die Frauen der mittleren Altersgruppe wurden nicht in gleichem Maße dezimiert wie die zum großen Teil mobilisierten Männer gleichen Alters. Während bei der Volkszählung im Jahre 1910 noch bei beiden Geschlechtern im Verhältnis der gleiche Teil im erwerbsfähigen Alter war (58,4 v. H. der Männer und 58,7 v. H. der Frauen), hat sich bis 1919 das Verhältnis stark verschoben. 62,6 v. H. der Männer stehen 64,9 v. H. der Frauen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Seit der Volkszählung im Jahre 1907 stieg die Bevölkerung um 7,9 v. H.; die Zahl der männlichen Personen im erwerbsfähigen Alter aber um 15, die der Frauen im gleichen Alter um mehr als 25 v. H.

Vergleicht man das Alter der männlichen und weiblichen Personen im Jahre 1907 miteinander, so ergibt sich, daß in der Altersgliederung des männlichen Geschlechts die Gruppe der Kinder etwas überwiegt, der Anteil der 14- bis 20jährigen bei beiden Geschlechtern der gleiche ist, während die Gruppe von 20 bis 40 Jahren beim männlichen Geschlecht etwas stärker

*) Aus „Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland“ von H. Geyer.

vertreten ist wie bei den Frauen. Dagegen tritt die Gruppe über 50 Jahre alten Personen bei den Frauen stärker hervor. Sehr beträchtlich waren die Unterschiede im Altersaufbau der beiden Geschlechter indessen noch nicht.

Etwas anders stellt sich ein Vergleich der Altersgliederung der Erwerbstätigen bei beiden Geschlechtern dar. 1907 waren von je 100 Erwerbstätigen:

| Alter | Männlichen Geschlechts | Weiblichen Geschlechts |
|-----------------|------------------------|------------------------|
| Unter 14 Jahren | 0,7 | 0,9 |
| 14-16 Jahre | 4,3 | 7,2 |
| 16-18 " | 5,3 | 9,8 |
| 18-20 " | 5,5 | 9,9 |
| 20-30 " | 26,1 | 28,3 |
| 30-40 " | 22,0 | 14,2 |
| 40-50 " | 17,3 | 12,2 |
| 50-60 " | 11,1 | 10,0 |
| 60-70 " | 5,4 | 5,8 |
| über 70 " | 1,4 | 1,7 |

Ein Vergleich der Beteiligung der einzelnen Altersstufen an der Erwerbsarbeit beider Geschlechter zeigt, daß bei den Frauen im Verhältnis ein größerer Teil der Erwerbstätigkeit in den jüngsten und ältesten Gruppen zu finden ist. Die berufstätigen jungen Mädchen und die älteren Frauen, die noch oder wieder Erwerbsarbeit leisten müssen, charakterisieren die Frauenerwerbsarbeit. Der Anteil der Frauen in den mittleren Lebensjahren an der Berufsarbeit ist naturgemäß geringer als bei den Männern. Mutterchaft und hauswirtschaftliche Tätigkeit beanspruchen in diesen Jahren die Krauskraft in besonderem Maße. Nichtsdestoweniger waren von allen erwerbstätigen Frauen mehr als zwei Fünftel zwischen 20 und 40 Jahre alt. 1907 waren 27,8 v. H. aller erwerbstätigen Frauen unter 20 Jahre alt, 42,5 v. H. waren zwischen 20 und 40 Jahren und 29,7 v. H. über 40 Jahre alt. Inzwischen ist der Anteil der 20- bis 40jährigen Frauen an der Erwerbsarbeit sicher noch beträchtlich gestiegen, so daß man wohl annehmen kann, daß heute annähernd die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sich in dem Alter befinden, in dem ein großer Teil der Frauen durch Mutterchaft und Hausarbeit bereits stark belastet ist.

Berufliche Ausbildung der Arbeiterin.

Eine Reihe von Großbetrieben wurde von der Reichsarbeitsverwaltung aufgefordert, ihre Erfahrung bei der Ausbildung von Arbeiterinnen mitzuteilen. Ueber ihre jeweiligen Erfahrungen bei der Ausbildung von Arbeiterinnen berichtet die bekannte Stuttgarter Firma Robert Bosch & Co., die sich mit der Herstellung elektrischer Apparate befaßt. Sie ist, wie andere große Firmen, zur Errichtung eigener Ueberschulungsanstalten übergegangen, die während des Krieges auch den Frauen geöffnet wurden, die sich nach einer Tätigkeit von einigen Monaten als besonders geeignet erwiesen. In einem achtwöchigen praktischen und theoretischen Kursus wurde den Frauen eine Ausbildung erteilt, die nach dem „Reichsarbeitsblatt“ von der Benennung der einzelnen Maschinenteile und Werkzeuge bis zur Bedienung und sachgemäßen Behandlung komplizierter Maschinen führte. Für einzelne Arbeitszweige wurde inzwischen die Ausbildungszeit verlängert bis zu einem halben Jahr. Die Erfahrungen mit der Ausbildung der Frauen wurden von der Firma als sehr gut bezeichnet. Es gelang ihr, sich einen Stamm ausgezeichneter weiblicher Arbeiter heranzubilden, denen auch schwierige Arbeiten übertragen werden. Frauen sind außerdem von der Maschinenarbeiterin zur Mechanikerin, Einstellerin und Ueberschulung.

Der Firma Bosch werden die Frauen an diesen Stellen gewiß ebenbürtig leisten wie ein gut geschulter Arbeiter. Für die Frauen selbst ist aber diese Form der Ausbildung, so erziehlisch sie sein mag, durchaus kein Ersatz für eine mehrjährige Lehrzeit nach der Schulentlassung. Ihre Ausbildung ist naturgemäß einseitig, nur den Bedürfnissen der Firma entsprechend. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt nicht voll konkurrenzfähig. Wenn in den letzten Jahren Großfirmen die Ausbildung eines Teiles ihrer erwachsenen Arbeiterkraft selbst übernehmen mußten, so ist das nur ein Symptom für die Verlesung der deutschen Arbeiterkraft, der es nicht mehr möglich ist, durch gründliche berufliche Vorbildung ihrer Kinder den Stand der beruflichen Leistungsfähigkeit des deutschen Proletariats aus sich heraus zu erhalten. Für die Arbeiter selbst ist diese Form der Ausbildung, die sich anzubahnen scheint, bei weitem ungenügender als die frühere. Es ist zu fordern, daß an deren Stelle die Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten tritt, in denen die Ausbildung erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Ueberschulung allgemeiner beruflicher Kenntnisse, die den Arbeiter und die Arbeiterin zur sachkundigen Arbeit in jedem Betrieb ihrer Branche befähigen.

Ja, ihr seid mir wackre Deutsche!
 Wie gemacht für Baum und Weichse,
 Für Starbatsche und für Sättel,
 Wie gemacht für solchen Bettel,
 Wie gemacht für Spott und Hohn,
 Wie gemacht für Hundelohn.

Diesem feierlichen Eingang war eine „Aubienz“ vorangegangen. Das gibt Reuter Gelegenheit, sich in folgender Weise über die Spieker zu äußern, die verdient, auch noch heute festgehalten zu werden: „Nächst dem Vergügigen, Sempel zu fangen und junge Hunde abzurichten, kenne ich kein größeres, als ehrlasne Spieker (hier Bürger aus Malchin) antichambrieren zu lassen. Es ist ne wahre Wonne, sie anzuschauen, wie sie auf den gehobten Hüfobden einberglitschen wie die Gsel auf dem Glatteis, wie sie sich wie Orgelbfeiten in Reih und Glied stellen und ihre Kopfbedeckungen in den Händen drehen, diese geziert mit Glacéhandschuhen, von denen jeder einzelne aus einem Paar gewöhnlicher für ihre Häufte zusammengeknüpft zu sein scheint; wie sie voll Verlegenheit flüstern und sich gegenseitig auf das, was antändig ist, aufmerksam machen, wie sie sich räuspfern, und endlich doch alle aus Gehovtheit geradezu in die Stube spucken.“

Was nützte alle diese Satire? Die Partei des „Hundelohnes“ siegte, wie Wilbrandt mit Recht sagt. Die Satire verstumte. Und selbst der trotz aller liberaler Ideen innerlich konservative Friß Reuter konnte sich doch, so sehr er sein Ländchen liebte, hier nicht wohl fühlen. Er suchte eine andere Heimat, wenn auch trotz dieser Hundelohnpartei sein Herz bei seinem Lanbe Medlenburg blieb.

Was die Latkraft betrifft, fand ich diese meist in den unteren Klassen. Viele arme Frauen ernähren ihre Kinder im Schweife ihres Angesichts und halten die Familie beisammen, die das Laster der Väter längst zerstreut und zerstückt hätte. Vorworne Frauen sind zu indolent, um selbständig und werktätig zu sein, die Zivilisation hat sie mehr verweichlicht als verfeinert.

Mary Wolfsoncraft.

Im Privatleben helfen sich die einzelnen, jeder mit seinen isolierten Kräften, so gut es geht. Die Völler und Klassen helfen sich stets nur und haben sich seit jeher nur gelassen durch die Gesetzgebung.

Die Arbeiterschaft als Klasse, die Gesamtheit der vom Kapitalismus Abhängigen, Arbeitenden, hat die größte Kulturbehebung für die neue Epoche des Menschengeschlechts. Dadurch, daß sie als Klasse das Leben an der Wurzel packt und gelöst lassen will — und gelöst lassen kann.

Es ist Pflicht jedes Arbeitenden, sich dessen bewußt zu sein. Es geht nicht um Sonderwünsche und um Krämmerziele irgendeines Vernegroß, sondern um Kultur, um den „Uebermenschen“, um die neue Zeit. Und ihr dient die freie Gewerkschaftsbewegung, wenn sie geschlossen und einzig als Klasse im zähen Kampfe auch über augenblickliche Rückschläge hinweg dem Kapitalismus eine neue Auffassung vom wirtschaftlichen Rechte des Menschen ertrotzt.

Friß Reuter und die Spieker.

Am 12. Juli haben besonders die Medlenburger sich ihr Recht nehmen lassen, Friß Reuter, ihren z. z. en Landsmann, zu feiern. Sie, derer er so oft auch in Satiren gedachte und die er verspottete, besonders in seinen jungen Jahren, wo er sich mit aller Kraft gegen die reaktionäre Gesinnung wendete, die in seiner geliebten Heimat herrschte.

Die freiheitliche Entwicklung Medlenburgs im Jahre 1848 hatte bereits ein Jahr darauf schwärzester Reaktion Platz machen müssen. Hatte nun bereits Reuter in den Jahren 1845 bis 1846 in dem von W. Raabe herausgegebenen „Medlenburgischen Volksbuch“ die mehr als patriarchalischen Zustände seines Mutterlandes verspottet und mit Satire übergossen — obgleich damals die Zensur scharf aufpaßte — so ließ er doch im Jahre 1849 eine zweite Satire gleicher Art hinausgehen. Es handelt sich um die Schilderung des feierlichen Einzuges der Gräflin Nahmichen Familie ins Dorf. Reuter erzählt in Form einer Wäntelängerballe in der „Mötkoder Zeitung“, wie die hohen Herrschaften am Nachmittage ins Dorf fuhren, um von den Untertanen den schuldigen Tribut einzusammeln. Dabei paßierte es ihnen dann, daß die beiden Inspektoren des Gutes den Wagen anhielten, die Pferde ausspannten und sich selber davor spannten und so den Wagen der „hohen Herrschaften“ unter „Wiehern“ und „Scharren mit den Hufen“ zu Ehren der Gräfin vor das Schloß zogen. Reuter bricht ob dieses Vorkommnisses in die Worte aus: „Sitt für das ganze Land 'ne Schand!“ Und schreibt folgende „Anwendung“ hin:

Vergleichende Aufstellung der Reallöhne verschiedener Länder.

Nachstehende Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die Kaufkraft der Löhne.

Inbezahlen der Reallöhne am 1. Mai 1924. (London = 100.)

| Berufe | London | Amerikanien | Brasilien | Japan | Chile | Kuba | Arg. | Schweden | Italien | Schweiz |
|------------------------|--------|-------------|-----------|-------|-------|------|------|----------|---------|---------|
| Baugewerbe | | | | | | | | | | |
| Gel. Arb. | | | | | | | | | | |
| Maurer | 100 | 91 | 52 | 58 | 73 | 263 | 69 | 109 | 47 | 94 |
| Biegesch. | 100 | 91 | 52 | 58 | 73 | 263 | — | 109 | 47 | 94 |
| Schreiner | 100 | 91 | 52 | 63 | 69 | 197 | 76 | 109 | 49 | 91 |
| Hilfsarbeiter | 100 | 91 | 57 | 64 | 69 | 197 | — | 109 | 43 | — |
| Spengler | 100 | 97 | 56 | 55 | 69 | 210 | — | 85 | — | — |
| Maler | 100 | 90 | 61 | 53 | 77 | 180 | 93 | 108 | 51 | 99 |
| Ungel. A. | | | | | | | | | | |
| Hilfsarb. | 100 | 99 | 61 | 49 | 91 | 140 | 74 | 132 | 51 | 76 |
| Metzger | | | | | | | | | | |
| Gel. A. | | | | | | | | | | |
| Monteur | 100 | 99 | 44 | 71 | 83 | 203 | 111 | 77 | 49 | 84 |
| Fliegensch. | 100 | 85 | — | 71 | 88 | 199 | 98 | 77 | — | 81 |
| Wohlfühler | 100 | 92 | 41 | 96 | 82 | 220 | 117 | 72 | 49 | 78 |
| Dreher | 100 | 99 | 44 | 73 | 83 | 203 | 91 | 77 | 52 | 84 |
| Ungel. A. | | | | | | | | | | |
| Hilfsarb. | 100 | 101 | 49 | 74 | 115 | 190 | 89 | 93 | 43 | 73 |
| Nebel | | | | | | | | | | |
| Schreiner | | | | | | | | | | |
| Gel. A. | | | | | | | | | | |
| Druckerei u. Buchbind. | 100 | 76 | 78 | 61 | 69 | 138 | 71 | 73 | 58 | — |
| Gel. A. | | | | | | | | | | |
| Scherer | | | | | | | | | | |
| Handfäher | 100 | 77 | 43 | 56 | 63 | 181 | — | 74 | 36 | 138 |
| Wohlfühler | 100 | 80 | 43 | 55 | 63 | 167 | 79 | 76 | 39 | 179 |
| Buchbind. | 100 | 86 | 44 | 61 | 80 | 194 | 71 | 75 | 34 | 153 |
| Durchschnitt | | | | | | | | | | |
| 1. Mai 24: | 100 | 90 | 53 | 63 | 78 | 196 | 87 | 90 | 45 | 105 |

Die Sicherung des Achtstundentages.

Ueber die entschlossene Haltung der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften in der Frage der Aufrechterhaltung des Achtstundentages haben wir bereits berichtet. Nun hat auch der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften die Sicherung des Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet und sich bereit erklärt, dafür einzutreten. Die christlichen Gewerkschaften haben sich unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls für die Ratifizierung des Abkommens von Washington und für eventuelle Herbeiführung eines Volkstentatives ausgesprochen. Nach diesen Beschlüssen bilden also die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Frage des Achtstundentages eine Einheitsfront und es ist daher sicher, daß sich bei einem Volkstentative eine überwältigende Mehrheit für die Ratifizierung ergeben wird.

Wirtschaftliches.

Das teure Brot. Die Verteuerung der Weltgetreidepreise hält weiter an. Der Weizen steht heute hoch über dem des vorigen Jahres. Es wäre schwer festzustellen, welchen Anteil die schwachen Welternteausichten, welchen aber die Spekulation an der Verteuerung hat. Voriges Jahr gab es eine außerordentlich reiche Welternte. In den großen Weizenanbauländern war nach Abzug des eigenen Verbrauches ein Ueberschuß von über 17 Millionen Tonnen Weizen für die Ausfuhr vorhanden. Die Weizenproduzenten brauchten aber nur 7 bis höchstens 10 Millionen Tonnen. Infolge der Welternte in Indien, China, Japan usw. wurde viel Weizen dorthin verschifft, auch hat sich die französische Ernte kleiner als erwartet herausgestellt. Trotzdem war am 1. März noch ein sichtbarer Vorrat von vierzehn Millionen Tonnen für die Ausfuhr vorhanden. Im neuen Erntejahr müssen demnach die alten Mehlvorräte noch etwa 7 bis 8 Millionen Tonnen betragen, zweimal soviel als ein Jahr zuvor. Selbst bei einer schwachen Ernte in diesem Jahr dürften also die großen Vorräte das Steigen der Preise verhindern. Was aber die diesjährige Welternte anbelangt, so dürfte sie infolge der Einschränkung der Anbauflächen in den Vereinigten Staaten und Kanada und infolge schlechter Witterung in Europa und Nordamerika geringer sein als ein Jahr zuvor. In den Vereinigten Staaten wird der Rückgang auf 12 Proz. geschätzt. Doch lauten die Berichte der letzten Zeit über die Ernteausichten in Kanada und auf dem Balkan wesentlich besser. Auch Indien dürfte letzten Bericht zufolge eine gute Ernte haben. In Argentinien und Australien wird die Ernte erst Ende Dezember reif werden, die Ausichten sind gegenwärtig sehr gut. In Mexiko soll Argentinien eine Rekorderte haben. Das Gesamtbild der Welternte ist demnach nicht einheitlich, trotzdem sind die Preise dank einer ungeheuren Spekulation bereits jetzt stark in die Höhe gegangen.

Von der Keramikindustrie.

25 Jahre Verband deutscher Porzellanfabriken. Seit dem 9. Juni 1899 besteht der Verein der deutschen Porzellanfabriken, der sich bildete, um die Porzellanindustrie zu fördern, und zwar in erster Linie durch Festlegung von Lieferungsbedingungen und Minimalpreisen. Vorsitzender ist Herr Generaldirektor Dr. Heinrich Hillmann beim Kahl- & Jenzern. „Ceramos“ gab aus Anlaß des Jubiläums eine gut ausgestattete Festschrift heraus.

Ertrag eines Volkstentatives Porzellanfabriken. Rechts und Senat der Technischen Hochschule in Darmstadt haben auf einmütigen Antrag der Abteilung für Kultur und Staatswissenschaften dem Kommerzienrat Edmund Troster, Direktor der Volkstentative Porzellanfabrik, A.-G., Volkstentative, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die deutsche Porzellanindustrie in wirtschaftlicher, technischer und künstlerischer Hinsicht die Würde eines Doktoringenieurs ehrenhalber verliehen. (S. „Arbeiterzeitung“ vom 8. August 1924.)

Verzinsung Staaten. Nach amtlichen Veröffentlichungen betrug die Einfuhr an feineren Erzeugnissen: Nicht bezifferte Ware für 83.316 Dollar und bezifferte Ware für 632.047 Dollar im März 1924 gegen 306.850 Dollar im März 1923. Davon hatte Deutschland einen Anteil im März 1924 von 252.468 Dollar gegen 129.241 Dollar im März 1923, das sind 39,9 und 24,4 Proz. der Gesamteinfuhr. Der nächste Hauptkonkurrent, Japan, war im März 1923 noch mit 45,7 Proz. und im März 1924 mit 29,1 Proz. an der Gesamteinfuhr beteiligt. Nach den Ziffern der neun Monate, endigend mit März 1924, betrug der Wert der Einfuhr aus Deutschland 2.777.278 Dollar oder 41,9 Proz. gegen 2.471.835 Dollar oder 37,3 Proz. aus Japan. Frankreich war in dieser Zeit mit 8,9 Proz., Großbritannien mit 0,7 Proz. und die anderen Länder mit 11,2 Proz. an der Gesamteinfuhr beteiligt. — Bei der Steingutfuhr waren die Verzinsungen 306.394 Dollar bei Deutschland, 2.316.361 Dollar bei England, 244.523 Dollar bei Japan und 317.903 Dollar bei den anderen Ländern.

Schweden. Dort hat die keramische Industrie in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, sowohl in der Produktionsmenge als auch in der Qualität. Immerhin ist das Land noch ein wichtiges Abgabebiet, um das sich die großbritannischen Fabrikanten sehr bemühen, um die deutsche Konkurrenz zu schlagen. Für den schwedischen Markt kommen hauptsächlich Kaffeefervice, Teeervice, Küchengeräte, Luzus- und Kunstartikel in Frage.

Quittung

über eingekaufte Gelder in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1924:

Altenstadt 120,51; Althausenleben 1980,—; Amberg 151,12; Ansbach 1834,—; Arnstadt 150,—; Arzberg 5800,—; Auma 1085,—; Bayreuth 1026,50; Berlin 3706,—; Blankenhain 2331,—; Bonn 562,—; Brambach 28,—; Brattendorf 727,—; Breslau 911,21; Burgau 247,—; Cassel 7,—; Coburg 580,—; Colditz 1120,—; Crinitz 60,—; Darmstadt 358,—; Dresden 14446,—; Eisenach 20,—; Eisenberg 3749,25; Eisleben 137,50; Ebersfeld 298,—; Elmshorn 1200,—; Elsterwerda 892,—; Emmersdorf 71,25; Forst 271,—; Frankfurt a. M. 7,—; Frankfurt a. O. 1921,—; Franzenh. 2376,50; Freiberg 1263,—; Freital 1180,—; Freiwaldau 1081,—; Fürstberg 2560,—; Geringswalde 5835,—; Gräfenh. 2650,—; Grenchen 51,50; Großschmiede 30,—; Grünhain 84,—; Grünstadt 232,75; Heinitzdorf 190,—; Hermstedt 2269,—; Hirschau 1190,—; Hochstadt 126,73; Hohenstein 306,60; Hohenberg 1480,—; Hornberg 240,—; Ilmenau 2983,—; Jena 469,—; Jena 921,—; Karlshöhe 114,23; Kahl 399,86; Kirchenlamitz 588,02; Kleinemba 105,—; Kl. Weitzdorf 1703,—; Klein 67,60; Könnig 441,87; Köpitz 900,—; Kronach 1000,—; Kuppen 942,10; Laasdorf 110,—; Lamprunge 44,—; Laut 15,—; Lettin 142,40; Limbach 254,69; Lübeck 207,50; Ludwigsburg 100,—; Mühlendorf 614,80; Magdeburg 2145,—; Mainleus 88,70; Mannheim 150,60; Margarethenhütte 2604,—; Marktmetzen 430,—; Marktredwitz 1094,—; Meiningen 73,—; Meuselwitz 868,—; Mitterteich 1137,05; Mochendorf 991,—; Mühlhausen 159,47; München 358,40; Neippen 25,—; Neuhaldensleben 2353,—; Nossen 200,—; Overtosch 935,—; Oelsnitz 45,—; Ohrdruf 770,—; Otsch 188,—; Osterode 100,—; Pausa 440,—; Pausa 100,42; Plana 1580,63; Pöschel 850,—; Pößitz 160,—; Ranenstein 1095,—; Regensburg 10,—; Rehan 2860,—; Reichenbach 530,—; Reinsberg 602,10; Rodach 805,69; Rößitz 1172,50; Rösau 787,—; Rohlau 588,90; Rudolstadt 7566,10; St. Georgen 145,50; Schauberg 279,80; Scheibe 1041,85; Schirnding 373,—; Schlierbach 1275,—; Schmiedeberg a. S. 112,41; Schmiedeberg i. N. 400,—; Schem 301,77; Schönwald 4175,—; Schornberg 575,—; Schramberg 2120,—; Schwandorf 5,—; Schwarzenbach 888,70; Schwarzenfeld 73,06; Seib 2620,—; Seib-Witzberg 591,62; Sophienthal 85,—; Sorau 1444,—; Spandau 582,—; Stadtilm 264,23; Stadtlengsfeld 2791,96; Staffel 153,—; Steinbach 147,50; Strehla 50,—; Stuhl 338,—; Tettau 650,—; Tettau 501,—; Thiersheim 202,—; Tiefenfurt 2326,27; Tillywitz 630,—; Tüschendorf 809,80; Uhlstädt 200,—; Unterföbitz 263,20; Velten 600,—; Vordamm 1170,—; Walburg 834,—; Waltersdorf 500,—; Waldbach 770,—; Wallhausen 415,—; Weiden 5437,47; Weidenstadt 82,25; Weißwasser 270,—; Weitz 200,—; Weizau 0,40; Wittenberg 410,—; Wunsiedel 227,10; Zell 730,10; Zeven 215,10; Zwickau 654,—; Wf.

Wing, Glas u. Keramik K. G., Freiwaldau 3,—; Wing, Nürnberg 150; Berufsverb. Deutscher Keramiker 7,90; Blumenfeld, Velten 2,—; Carstens, Mantenhain 1,20; Carstens, Georgenthal 1,30; Carstens, Hirschau 2,—; Carstens, Neuhaldensleben 4,15; Carstens, Rathenow 5,70; Carstens, Reichenbach 1,70; Carstens, Sorau 1,60; Conta & Boehme, Pöschel 1,20; Ditzsch, Berlin 1,05; Dürbeck & Rudolfsch., Weichenstadt 2,50; Erdmann, Ilmenau 43,64; Fiebig, Pöschel 0,50; Fischer, Berlin 3,—; Fischer & Lehmann, Kl. Weitz 3,60; Porzellanfabrik vereinigerter Porzellanfabriken, Meiningen 1,20; Krüsch & Kohn, Berlin 1,60; Herm. Grau, Friedr. Schlegel 1,30; Gleißner, Pöschel 2,20; Großfuß, Döbeln 3,—; Guel, Verstädt für künstl. Keramik 1,20; Heipner, Gräfenroda 1,10; Hertel, Jakob & Co., Rehan 3,—; Herzinger & Co., Volkstentative 1,20; Hoffmann, Dortmund 3,60; Huchold, Erfurt 1,80; Iris S. N., Zentral-Industrie Germania Clay 3,23; Jaenicke, Magdeburg 1,20; Jäger & Co., Marktredwitz 2,30; Jante & Kuntel, Köln 2,70; Keramik K. G., Velten 4,60; Keram. Manufaktur, Darmstadt 3,40; Keramist, Vordamm 1550,52; Kessler & Co., Ohrdruf 1,20; Lana, Neuhaldensleben 6,80; Leber & Sohn, Tiefenfurt 2,90; Meißner Porzellanfabrik, Meissen 5,60; Michaelis, Berlin 80,15; Mochendorfer Porzellanfabrik, Dresden 1,30; Mühlhof, Breslau 1,10; Neue Porzellanfabrik, Tettau 2,70; Neufürchner, Marktredwitz 1,20; Niederjachsenwerf, Bamberg 9,60; Norddeutsche Steingutfabrik, Weizau 1,90; Pöschel, Tillywitz 1,60; Porzellanfabrik Gmünd, Schwab.-Gmünd 1,10; Porzellanfabrik Kl. Weitz 4,—; Porzellanfabrik Mitterteich 2,10; Porzellanfabrik Peterwitz 1,80; Postabonnenten 34,19; Rade, Voizburg 4,65; Georg Rein, Ebenstadt 1,50; Reinecke, Eisenberg 4,20; Rheinische Porz.-Manufaktur, Mannheim 1,70; Reinhold, Breslau 2,10; Rieger, Bromölska Stäbe, Schweden 11,—; Rühlenthal, Kronach 4,20; Rüdiger, Gmünd 15,—; Sad., Schwarzenbach 19,40; Sauer & Co., Ludwigsstadt 3,70; Porzellanfabrik Josef Schadel, Charlottenbrunn 3,10; Schauburg & Söhne, Rohlau 1,20; Schramm, Erbendorf 1,30; Schweizer & Söhne, Schramberg 1,80; Schultheiß, St. Georgen 1,60; Sella, Burgau 3,30; Späher, Dieringhausen 2,20; Staatl. Porz.-Manufaktur, Wien 3,90; Stadtilmer Porz.-Manufaktur, Stadtilm 2,10; Steingutfabrik Velten 5,10; Steingutfabrik Wittenburg, Forst 1,90; Thomas, Marktredwitz 1,60; Tonwarenfabrik Schwandorf, Amberg 9,60; Trudenbrodt, Walburg 2,40; Ulbrich, Erfurt 4,30; Unger & Schilke, Rößitz 1,30; Verb. d. Porzellanfabriken für Bier- und Kunstgeschirre 1,—; Verb. d. Maschinen- und Weiser, Berlin 10,60; Verb. d. Porzellanarbeiter, Bubach 11,05; Vereinigte Porzellanfabriken, Ebersfeld 2,30; Verkehrsband 4,—; Vereinigte Isolatorwerke, Pöschel 2,—; Rißerow & Voch, Metlach 1,20; Wächter, Kirchenlamitz 2,30; Weizau, Rudolfsch. 4,—; Werra, Porz.-Manufaktur, Berlin 1,20; Wittenberger Steingutfabrik, Pöschel 6,—; Wf. Schwaben 0,40; Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau 10,76 M. Insgesamt: 166.308,50 M.

Aufrufe!

Unser Mitglied Paul Heidemann ist schon annähernd ein Jahr krank und ausgezehrt. Somit ist Not an Mann. Die Zahlstelle Köln hat schon nach besten Kräften geholfen; infolge der großen Arbeitslosigkeit ist sie jedoch nicht mehr in der Lage, zu sorgen. Zahlstellen, helft, wie ihr es könnt und sendet Spenden an:

Ernst Stolze, Köln-Braunsfeld, Widdersdorferstr. 230.

Unsere Kollegin Elise Schmidt, Witwe, Mutter von vier Kindern, ist schon längere Zeit krank und aus allen Kräfte ausgezehrt. Sie befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage. Da die Zahlstelle Stadtlengsfeld größere Mittel zur Unterstützung der Genannten nicht mehr aufzubringen vermag, werden die Schwefelzählstellen gebeten, Spenden an Richard Lütke, Stadtlengsfeld/Rhön zu richten.

Der Kollege Albin Keller ist schon über ein Jahr krank und arbeitsunfähig. Die Zahlstelle Limbach hat schon ihr Möglichstes getan und bittet die Schwefelzählstellen um gütige Unterstützung, da wirklich Not vorhanden ist. Gelder bitte zu senden an **Karl Arnold, Limbach, Post Zeinheid (Thür.)**. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

† Sterbetafel †

Schlierbach. Johannes Kahl, Magazinarbeiter, geboren am 12. Februar 1856, gestorben an Leberleiden. Organisiert seit 1919.

Waldbassen. Josef Ristenpennig, Oberformgießer, geboren am 10. Mai 1862, gestorben an Arterienverkalkung. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Adressenänderungen.

Kirchenlamitz. Vorl.: Adam Rürner, Maler, Weiden, Stadterstr. 280.

Reichenbach. Pass.: Otto Knopf, Maler, Fabrikstr. 8.
Schwaben bei München. Vorl.: Alfred Wölfl, Maler, Feichten 2; Schriftf.: Stejan Schwarzenberger, Sortierer, Anzingerstraße; Kass.: Josef Schenk, Dreher, Feichten 2; Rev.: Josef Widlein und Hans Wetz.

Schramberg. Kass.: Wilhelm Salter, Maler, Gartenstraße; Revisor für Gg. Müller: Julius Weber, Faltenstein, Württemberg.

Gratulation. Dem Kollegen Carl Lippe, Dreher, die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25-jährigen Jubiläum in unserem Verband.
Die Zahlstelle Waldbassen.

Aufforderung. Das Mitglied Jakob Ulrich, Maler, Nr. 58 754, wird aufgefordert, unverzüglich seine Adresse dem Untertentativen anzugeben.
Georg Bauer, Formgießer, Waldbassen, Finkenbühl 3.

Geschäfts-Anzeigen.

Differiere nach überwind Inflation wieder prima Bengali-Hymocasschwämme, groß und mittel, das kilo 80,— bis 150,— Goldmark; billige Hymocca, in allen Größen sortiert, das kilo 24,— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Gajur- u. Garnierungsschwämme, das kilo 50,— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das kilo 80,— bis 150,— G.-Mk., echte große prima Levantiner, „Elefantenschwämme“, das kilo 2—300 G.-Mk., faustgroße, welche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das kilo 60,— G.-Mk., Reef ob. Harbheabschwämme, sort. Größen, d. kilo 35,— G.-Mk., Pferdebeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Std. 1,— d. 5,— G.-Mk. S. Mischelohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 49

Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

Preis monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Chiffreinsparaten muß stets das Preisporto beigelegt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Ein tüchtiger Porzellanfleischer, flotter, sauberer Arbeiter, sucht anderweitig Stellung. Gest. Offerten werden unter „F. 116“ an die „Ameise“ erbeten.

Junger, lediger Porzellanfleischer, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung. Offerten werden unter „F. 117“ an die „Ameise“ erbeten.

Junger, lediger Formgießer, mit allen Arbeiten vertraut, wünscht sich zu verändern. Angebote unter „F. 118“ befördert die „Ameise“.

Gesucht werden
ledige Maler
für Unterglasur Indischblau
Geschirrgießer
für Kaffeekannen und
Formengießer
für Geschirre. (142b)
Angebote mit näheren Angaben an die Betriebsleitung der Porzellanfabrik Kahl Zweigniederlassung Freiberg Sachsen.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
1—2 tüchtige Schleifer
für dauernde Beschäftigung. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. (143b)
Porzellanfabrik Kloster Weitz
Kloster Weitz (Kr. Schleiz).
2 bis 3 große und kleine Ränderscheiben
zu kaufen gesucht. (144b)
Heinrich Demster, Porzellanmaler, Münster i. W., Grevenestr. 171.

Tüchtiger, erfahrener Gießer

für Porzellan- und Glasgeschirre, spez. Kannen, wird baldmöglichst eingestellt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit von ledigen Bewerbern an
E. & C. Carstens, Zeven (146b)

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Brabestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Brabestraße, Neubau. — Druck: C. Janaszewski, Berlin S. O., Eßigschloßstr. 28/29.